

AHA nimmt Stellung zum Expertenbericht Staat/Kirche

# „Für einen neutralen Werteunterricht“

Der Expertenbericht über die Beziehungen des Staates mit den Religionen sorgt derzeit in Luxemburg für reichlich Diskussionsstoff und auch Kritik. Gestern nahm die AHA („Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker“) Stellung.

Die Organisation begrüßt zwar, dass es den Experten erstmals gelungen sei, einen Überblick über die gesamte Thematik zusammenzustellen, dennoch bemängelt sie die Zusammensetzung der Expertengruppe. „Zu französischen und belgischen Experten hätten wir auch gerne Fachleute aus Deutschland oder Großbritannien in der Gruppe gesehen“, erklärte AHA.

## Es gibt keine religiösen Kinder

Auch werde die Frage nach dem Werteunterricht in der Schule stiefmütterlich behandelt, kritisiert die Allianz weiter. AHA spricht sich kategorisch für die Einführung eines „weltanschaulich neutralen Werteunterrichts für alle Schüler“ aus. Dafür gebe es viele gute Gründe, allem voran müsse aber deutlich klargelegt werden, dass es keine religiösen Kinder gebe, sondern nur Kinder religiöser Eltern.

„Kinder verfügen über eine blü-



Foto: Tageblatt-Archiv

Die AHA will einen neutralen Werteunterricht in der Schule

hende Fantasie, und diese sollten wir nicht gefährden, indem wir sie aufgrund der Religionszugehörigkeit ihrer Eltern in die eine oder andere Schublade stecken“, fordern die Humanisten, Atheisten und Agnostiker. Neben der Einführung des Werteunterrichts

beschäftigt sich AHA auch ausführlich mit der Problematik der Finanzierung der Religionsgemeinschaften. Für die Organisation ist Religion eine Privatsache und eine streitbare Angelegenheit. Deshalb dürfe auch niemand gezwungen werden, finan-

ziell oder auf eine andere Weise dazu beizutragen. Folglich fordert AHA eine strikte finanzielle Trennung von Kirche und Staat. Die aktuellen Konventionen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften müssten ihrer Ansicht nach dann auch gekündigt werden. „Die Verfassungsartikel, welche die finanziellen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche(n) regeln, müssen im Rahmen der kommenden Verfassungsreform abgeschafft werden. Zusätzlich muss ein Artikel eingeführt werden, in dem Luxemburg klar und deutlich als laizistischer Staat definiert wird“, meint AHA weiter.

## „Kirchen umfunktionalisieren“

Die luxemburgische Organisation fordert zudem, dass auf kommunaler Ebene ein Großteil der gemeindeeigenen Kirchengebäude, die nicht mehr ausgelastet sind, umfunktionalisiert werden. Zukünftig könnten vor allem jene, die unter Denkmalschutz stehen, als Konzert- oder Theaterhallen, Kulturzentren und Bibliotheken dienen. Weitere Kirchengebäude könnten zu Hotels, Restaurants, Markthallen, Sozialwohnungen oder Sporteinrichtungen umgebaut werden.

M.Cl.